

Sehr geehrte Frau Schneider,

herzlichen Dank für Ihre Zuschrift zum Thema Impfpflicht. Derzeit wird in Gesellschaft und Politik weiterhin über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht diskutiert. Am 26. Januar fand dazu eine Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag statt. Den Vorschlag, dass am Ende der politischen Debatte eine mögliche Abstimmung über eine allgemeine Impfpflicht ohne Fraktionsdisziplin stattfinden soll, begrüße ich ausdrücklich. Bei Fragen, die grundsätzliche Gewissensüberzeugungen tangieren und auch eine ausgeprägte ethisch-moralische Komponente haben, ist das dringend erforderlich.

Nach sorgfältiger Abwägung aller Argumente bin ich für mich zu der Entscheidung gekommen, dass ich eine allgemeine Impfpflicht nicht unterstützen kann. Eine allgemeine Impfpflicht stellt einen Eingriff in höchstpersönliche Rechtsgüter dar, bei der es verfehlt wäre, mit politischem Zwang zu agieren und nicht auf die aufgeklärte, freiwillige Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu setzen. Gründe dafür, sich nicht impfen zu lassen, können vielfältig sein. An erster Stelle müssen Ängste und Vorbehalte ernstgenommen und auf sie eingegangen werden. Darüber hinaus hat die Politik seit Beginn der Pandemie immer wieder versichert, dass die Impfung freiwillig bleiben und es keine Pflicht zur Impfung geben werde.

Um die Impfbereitschaft hochzuhalten, ist es von besonderer Wichtigkeit, dass Vertrauen und Zuverlässigkeit ausgestrahlt werden. Ich bin davon überzeugt, dass mit der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht dieses Vertrauen Schaden nehmen würde, mit unüberschaubaren Folgen weit über die Corona-Pandemie hinaus. Meiner Überzeugung nach ist die Politik auf das Vertrauen der Unschlüssigen angewiesen, damit Deutschland den Weg aus der Pandemie findet.

Eine allgemeine Impfpflicht lehne ich daher ab und unterstütze den von Wolfgang Kubicki initiierten Antrag "Impfbereitschaft ohne allgemeine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 erhöhen", den ich mitgezeichnet habe und den Sie im Anhang finden. Darüber hinaus sprechen sich die FDP und die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten ausdrücklich für eine Lockerung sowie ein Auslaufen der derzeit gültigen Pandemiemaßnahmen aus.

Weil wir uns in der gesamten Pandemie dafür eingesetzt haben, Menschen mit einem hohen Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf nach einer Corona-Infektion besonders gut zu schützen, haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern eine einrichtungsbezogene Impfpflicht für den medizinischen und pflegerischen Bereich eingeführt. Ich gebe zu, dass deren Umsetzung Sie und die vielen anderen Betroffenen in der Praxis vor enorme Herausforderungen stellt und kann Ihre Kritik nachvollziehen. Ihre Anregungen werde ich daher an die Fachpolitiker meiner Fraktion weitergeben, sodass diese in eine erneute Diskussion einfließen können.

Mit freundlichen Grüßen

Friedhelm Boginski MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin